



LIECHTENSTEINER Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN - TAGBLATTVERBUND - TEL. +423 236 16 16 - www.vaterland.li

«Für mich die perfekte Lösung»
Michele Polverino übernimmt den
Trainerposten beim FC Balzers –
vorerst aber noch als Spielertrainer. 17

Vorerst keine Online-Casinos
Der Online-Geldspielmarkt bleibt
für Casinos in Liechtenstein vorerst
geschlossen. 3

Grosse Liquidation
ARMEEMATERIAL
+ Outdoormesse

31. Mai – 10. Juni
Bündner Arena
7408 Cazis

Jetzt mit Onlineshop!

Katalog unter:
dicks-armyshop.ch

Mo-Fr	10.00–19.00 Uhr
Samstag	09.00–17.00 Uhr
So 02.06.	11.00–18.00 Uhr
Pfingstmontag	10.00–18.00 Uhr

1945

Debatte
Zusammen den Verkehr
im Griff haben 2

Investition
Hilti nimmt 20 Millionen
Franken in die Hand 5

Hochfest
Über das Abschlussfest
der Auferstehung 7

Länderspiele
Die Kader für die
Juni-Spiele stehen 16



Tausende kaufen ein
Riesige Reisegruppe hat
den Geschäften gute
Umsätze beschert. 2

Sapperlot

Wie wäre es eigentlich mit einem Maulkorb für Youtuber? Mal ehrlich, da kommt ein Dahergelaufener namens Rezo. Er wagt es, wenige Tage vor der Europawahl aufzurufen, nicht CDU, SPD oder AfD zu wählen. Über zwölf Millionen Aufrufe erreicht sein Video. Nach der Schlappe der CDU agiert Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer eigenwillig und spricht über Regeln fürs Internet. «Was wäre eigentlich in diesem Lande los, wenn eine Reihe von siebzig Zeitungsredaktionen zwei Tage vor der Wahl erklärt hätten, wir machen einen gemeinsamen Aufruf: Wählt bitte nicht CDU und SPD», fragte sie rhetorisch. «Was sind eigentlich Regeln aus dem analogen Bereich, und welche Regeln gelten für den digitalen Bereich?» Wenn es eine Gruppe geschafft hätte, 12 Millionen Flugblätter zu verteilen, wäre das dann in Ordnung? Würde das dann den «Regeln» entsprechen? Freie Meinungsäusserung sollte, ob offline oder online, nicht zur Debatte gestellt werden.

Dorothea Alber

Prämien: VU fordert 10-Millionen-Paket

Gesundheit Die VU-Fraktion will die Versicherten mit 4 Millionen beim OKP-Staatsbeitrag entlasten und die Verbilligung ausweiten.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

Gestern hat die VU-Fraktion ihre Pläne für Sofortmassnahmen zur Entlastung der Prämienzahler vorgestellt. Ihr Vorschlag ist ein zweigeteiltes 10-Millionen-Paket. So will die VU-Fraktion die nächste Woche im Landtag – wie schon im vergangenen Jahr – den Antrag stellen, den Staatsbeitrag an die Obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) um vier Millionen von 29 auf 33 Millionen Franken zu erhöhen. Für die Versicherten würde dies bedeuten, dass die Krankenkassenprämie im nächsten Jahr gesamthaft rund 125 Franken tiefer ausfallen würde. «Den von der Freien Liste angekündigten Antrag, den OKP-Staatsbeitrag auf 58 Millionen Franken bzw. auf den Höchststand des Jahres 2010 zu verdoppeln, können wir unmöglich mittragen», wird VU-Fraktions Sprecher Günter Vogt in einer Aussendung zitiert. Der Vorschlag der Freien Liste würde eine Prämien-

entlastung von 905 Franken für Erwachsene pro Jahr bedeuten. «Eine solch hohe Prämienentlastung nach dem Giesskannenprinzip wäre nach der erfolgreichen Sanierung des Staatshaushaltes finanzpolitisch verantwortungslos», so der VU-Fraktions Sprecher.

Alternativ-Initiative zur Prämienverbilligung

Nebst der Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags, von dem alle profitieren, hat die VU-Fraktion gestern eine Alternativ-Initiative zur Ausweitung der Prämienverbilligung eingereicht. Die darin vorgeschlagenen Erhöhungen der Einkommensgrenzen bei gleichen Subventionssätzen sowohl für die Prämienverbilligung als auch die Kostenbeteiligung würden bei einer angenommenen Nutzungsquote von 56 Prozent zusätzlich sechs Millionen kosten. Mit der Ausweitung könnten neu 9900 Personen – 2900 mehr als heute – einen Antrag auf Prämienverbilligung aufgrund ihres

Einkommens stellen. Die VU-Initiative ist ein Alternativ-Vorschlag zum Vorstoss des parteifreien Abgeordneten Johannes Kaiser. Sein Vorschlag würde gemäss VU-Fraktion bei einer Nutzungsquote von 54 Prozent Mehrkosten von 10,5 Millionen Franken verursachen. «Dieser Vorschlag geht der VU-Fraktion zu weit», heisst es in der Mitteilung.

Gemäss VU-Fraktions Sprecher ist das vorgeschlagene 10-Millionen-Paket eine sozialpolitisch und finanzpolitisch verantwortbare Massnahme, um den Mittelstand bei der Krankenkasse zu entlasten. «Dies nicht zuletzt angesichts des Gewinns von 53 Millionen Franken in der Erfolgsrechnung 2018 des Landes bei einem betrieblichen Plus von 61 Millionen Franken. Es ist Zeit, dass der Staat nach den Jahren des Sparsens gerade den einkommensschwachen Einzelpersonen, Familien und Senioren wieder etwas zurückgibt und sich stärker an den Gesundheitskosten beteiligt», so Günter Vogt. 3

Im Medaillenspiegel auf Rang 3



Topstart Christoph Meier, Mareen Hollenstein, Julia Hassler, Tristan Frei und Raphael Schwendinger sicherten Liechtenstein bereits sieben Medaillen. 13 bis 15

Bild: Eddy Risch

Österreichs Interimsregierung mit kurzer Haltbarkeit

Kanzlersturz In nur einer Woche muss der österreichische Präsident eine Übergangsregierung bilden. Gerade einmal sechs Tage lang hatte Österreich einen neuen Innen-, Verteidigungs- und Sozialminister sowie eine neue Verkehrsministerin. Nachdem Bundespräsident Alexander Van der Bellen die vier Neuen gestern Mittag zusammen mit allen anderen Mitgliedern der Bundesregierung förmlich abgesetzt hat, dürfen sie nun noch ein paar weitere Tage in-

terimistisch bleiben. Sofort abtreten muss Sebastian Kurz: Das Amt des Kanzlers übernimmt sein bisheriger Vize Hartwig Löger. Da das Parlament am Montag der Regierung das Misstrauen ausgesprochen hat, muss sie Ende dieser, spätestens Anfang nächster Woche einer Übergangsregierung Platz machen. Aber auch dieser ist kein langes Walten beschieden: Schon für den September sind Neuwahlen angesetzt. Zwischen den Parteien herrscht Hau-

en und Stechen. Trotzdem muss der Präsident jetzt ein Kabinett zusammenstellen, das nicht gleich wieder per Misstrauensvotum gekippt wird. Zudem soll ihr ehrenvolles Amt nach einem guten Vierteljahr schon wieder auslaufen. Zwei populäre «elder statesmen» werden als mögliche Übergangskanzler genannt: der frühere EU-Kommissar Franz Fischler und der pensionierte Ex-Präsident des Verfassungsgerichts, Gerhart Holzinger. (tb)

Postfinance hat schon 70 000 Kunden verloren

Konsequenzen Bisher mussten viele Kunden von Postfinance nichts für die Führung ihres Kontos zahlen. Das änderte sich Anfang des Jahres. Die Postbankentochter führte mit drei Ausnahmen für alle eine Kontoführungsgebühr ein. Die Postbank begründet die Preiserhöhungen mit dem wirtschaftlich und regulatorisch schwierigen Umfeld. Das lassen

sich Zehntausende nicht gefallen. Postfinance-Chef Hansruedi Köng hat nun im Interview gegenüber dem «Tagesanzeiger» erstmals über die Folgen gesprochen, welche die Einführung der Gebühren bei der Postfinance hatten. «Über den Daumen gepeilt haben wir 60 000 bis 70 000 Kundenbeziehungen wegen der Gebühren verloren.» (red)

Frederick
Restaurant



TÄGLICH
OFFEN BIS
24:00 UHR



FREDERICK.LI



30022